



Längere Arbeitszeiten bedeutet noch mehr Personalabbau in den Ländern

Die namentlichen Meldungen an die Job-Börse in Niedersachsen mussten bis 30. April 2005 erfolgen. Es hat viel Unmut unter den Beschäftigten des Landes gegeben, wer letztlich zur Job-Börse gemeldet wird!

Ziel der Job-Börse ist es, eine Weitervermittlung von Beschäftigten, die im sog. »Überhang« sind, an andere Dienststellen des Landes oder aber auch an andere Arbeitgeber zu erreichen. Bei derzeit gerade einmal 300 freien Ganztagesstellen und einem geplanten Abbau von 6.743 Stellen ist die Chance für jeden einzelnen Beschäftigten innerhalb des Landes weitervermittelt werden zu können, mehr als gering.

Und was will die Landesregierung noch von den Beschäftigten?!?

Teile der Landesregierung haben gegenüber der Presse erklärt, dass in Niedersachsen in Zukunft alle Beschäftigten 42 Stunden pro Woche arbeiten sollen.

Welche Folgen hätte dies für die Landesbeschäftigten?

Die von der Landesregierung geforderte Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden heißt ganz konkret:

- Abbau von 6.500 Beamten- und Beamtinnenstellen (bei Verlängerung von 40 auf 42 Stunden)
- und Abbau von 4.545 Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenstellen (bei Verlängerung von 38,5 auf 42 Stunden)

Nicht nur 6.743 Stellen, sondern insgesamt **rd. 17.788 Stellen** müssten dann in Niedersachsen abgebaut werden!

Davon betroffen sind alle Bereiche:

- die Polizei
- die Bildungseinrichtungen
- die allgemeine Verwaltung
- alle – egal, ob Beamte/innen oder Arbeitnehmer/innen

Diese Politik, die mit den Beschäftigten des Landes gemacht wird, ist für uns nicht mehr nachvollziehbar! ▶



**Vereinigte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**



Was hat das Land bereits gegen die Beschäftigten gemacht?

1. Kündigung der Tarifverträge Urlaubs- und Weihnachtsgeld
2. Kündigung der Arbeitszeitsvorschriften
3. Weigerung der Übernahme des Tarifvertrags öffentlicher Dienst (TVöD), der mit den Kommunen und dem Bund vereinbart wurde.

Als Krönung will man eine Arbeitszeitverlängerung auf 42 Stunden pro Woche, um einen Personalabbau in einer nie dagewesenen Größe vollziehen zu können.

Dagegen müssen sich alle Beschäftigte wehren!

Denn morgen kann jeder dran sein. Bei einem Abbau von 17.788 Stellen ist jeder 10. Beschäftigte der Job-Börse zu melden, mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Beschäftigten.

Damit ist das Land Niedersachsen der größte Arbeitsplatzvernichter!

Deshalb fordern wir:

- Anstatt Willkür des Landes Niedersachsen verbindliche Tarifverträge
- ein einheitliches Tarifrecht für alle im öffentlichen Dienst
- Die Beschäftigten des Landes Niedersachsen dürfen von dieser Entwicklung nicht abgehängt werden

ver.di, GEW und GdP lehnen Arbeitszeitverlängerungen ab!

Denn:

- Arbeitszeitverlängerung vernichtet ganz konkret Arbeitsplätze, 17.788 allein in Niedersachsen!
- Diese Politik kann niemand unterstützen!
- Dem Diktat des Landes Niedersachsen setzen wir Aktionen entgegen. Wir werden mit Aktionen und Streiks in den nächsten Monaten unseren Unmut deutlich machen und für den Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze eintreten!

Jetzt aktiv werden! Zeigt es dem Land Niedersachsen!

V.i.S.d.P.
Wolfgang Denia, ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen,
Goseriede 10, 30159 Hannover
Bernhard Witthaut, GdP-Landesbezirk Niedersachsen,
Berckhusenstr. 133 a, 30625 Hannover
Eberhard Brandt, GEW-Landesverband Niedersachsen,
Berliner Allee 16, 30175 Hannover
Gestaltung: freeStyle grafik, Hannover; Druck: unidruck, Hannover



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**